

Hiroshima und Nagasaki mahnen Atomwaffen ächten !

Die Organisation **Mayors for Peace** wurde 1982 auf Initiative der Städte Hiroshima und Nagasaki gegründet. Seither schlossen sich viele Städte und Gemeinden an. Damit verlieh die Bevölkerung dieser Städte dem Wunsch nach Abschaffung der Nuklearwaffen eine internationale Dimension. Bürgermeister*innen sind für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürger*innen verantwortlich. Aus dieser Überlegung heraus versuchen die „Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden“ Einfluss auf die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu nehmen und diese zu verhindern. Sie fordern insbesondere die **konsequente Umsetzung des Atomwaffensperrvertrags durch die internationale Gemeinschaft**.

Der Wetteraukreis sowie die Kreisstadt Friedberg und die Städte Bad Vilbel und Karben sind Mitglieder.

Am Flaggentag, dem 8. Juli und am Hiroshima/Nagasaki Tag, dem 6. August hissen sie die Flagge der Mayors for Peace.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der NATO. Seit 1957 üben Soldat*innen der Bundeswehr im Rahmen der **Nuklearen Teilhabe** den Umgang mit US-Atomwaffen. Diese müssten sie auf Befehl der USA im Zuge eines NATO Einsatzes zum gewünschten Ziel fliegen. Im NATO Vertrag gibt es keine Klausel, die es den teilnehmenden Staaten verbieten würde, diese Nukleare Teilhabe aufzukündigen.

2010 beschloss der Bundestag, dass die US-Atomwaffen, die in Deutschland lagern, abgezogen werden sollen. **Deutschland müsse deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen**. Doch die Regierungen haben diesen Beschluss nicht umgesetzt.

<https://www.atomwaffenfrei.de/home.html>



<https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>

**Nuclear
weapons
ARE
BANNED**



#nuclearban

2017 beschlossen 122 Staaten den **UN Atomwaffenverbotsvertrag**, der die Entwicklung, Produktion, den Test und Erwerb, Lagerung und Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen, sowie die Drohung mit ihrem Einsatz verbietet. Im Januar 2021 ist dieser Vertrag in Kraft getreten, nachdem ihn 85 Staaten unterzeichnet und über 60 Staaten ratifiziert hatten. Weder Deutschland noch ein anderes NATO Land wolen diesem Vertrag beitreten, der nichts desto trotz international gültig ist. Mit der Fortführung der Nuklearen Teilhabe und der kürzlich beschlossenen Anschaffung neuer Atombomber stellt sich die neue Bundesregierung aktiv gegen internationales Recht.

Immer mehr Städte in Deutschland schließen sich dem #ICANSave **Städteappell zur Abschaffung von Atomwaffen** an:

Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.

Wiesbaden, Marburg, Reinheim, Mörfelden-Walldorf, Kassel, Maintal, Hanau, Groß-Gerau, Darmstadt, Offenbach, Frankfurt, Rüsselsheim und Nidderau, sowie die Landkreise Werra-Meißner-Kreis, Groß-Gerau und Darmstadt-Dieburg gehören zu den Unterzeichnern.

